



Antrag

Vorlage: AT/0098/2019		Datum: 12.09.2019			
Verfasser:	08-Ratsfraktion Die Linke			Az.:	
Betreff:					
Antrag Ratsfraktion die LINKE: ICAN Resolution					
Gremienweg:					
12.09.2019	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig	<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt	<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	verwiesen	<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	Enthaltungen	<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen
	TOP		öffentlich		

Beschlussentwurf:

Der Rat der Stadt Koblenz möge beschließen:

Unsere Stadt ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und langanhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.

Begründung:

ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons / Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen) ist eine internationale Kampagne zur Abschaffung aller atomaren Waffen. Seit Anfang des Jahres haben rund 50 Landkreise und Städte sich dieser Forderung angeschlossen. Dazu gehören Städte wie Berlin und Köln. Koblenz sollte in dieser wichtigen Frage auch Position beziehen. Die räumliche Nähe zu dem vermuteten Atomwaffenstandort in Büchel sorgt für einen besonderen Bezug zur Stadt Koblenz.

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Kommunen dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind wir vor Ort direkt betroffen und sollten uns deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte und Einrichtungen eines Landes anzugreifen.

Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und sehen den Einsatz von Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Kommunen tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass wir uns gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Kommunen ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Kommunen die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebende Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher, die Bundesrepublik ist dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen bisher nicht beigetreten.

Ein neues Bündnis von Kommunen weltweit stärkt die Stimmen der Menschen vor Ort und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäfte zu unterlassen.